

Rede zum Tag der Arbeit 2012

**„GUTE ARBEIT FÜR EUROPA - GERECHTE LÖHNE, SOZIALE SICHERHEIT“**

Hartmut Tölle

DGB-Bezirkvorsitzender Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

DGB-Kundgebung Helmstedt

*Es gilt das gesprochene Wort*

*Sperrfrist: 1. Mai 2012, 11 Uhr*

DGB-Bezirk Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Otto-Brenner-Straße 7  
30159 Hannover  
Telefon 0511-12601-32  
Telefax 0511-12601-57  
[www.niedersachsen.dgb.de](http://www.niedersachsen.dgb.de)

Der DGB Niedersachsen auf FACEBOOK

[www.facebook.com/DGBniedersachsen](http://www.facebook.com/DGBniedersachsen)

und bei Twitter

[www.twitter.com/dgb\\_nds](http://www.twitter.com/dgb_nds)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Wir kämpfen seit der Krise (2008) erbittert gegen die Hochfinanz und gewissenlose Spekulanten. Wir wissen (spätestens seit 2008), vom organisierten Geld regiert zu werden, ist genauso gefährlich, wie von der Mafia regiert zu werden.“

Dieses aktualisierte Zitat ist von dem amerikanischen Präsidenten Theodore Roosevelt aus dem Jahr 1936. Schon damals war klar: Das kapitalistische Finanzsystem ist eine Bedrohung für eine solidarische Gesellschaft.

Doch haben wir die richtigen Schlüsse gezogen? Werden die richtigen Maßnahmen umgesetzt?

Selbst Kritiker wie Kolja Rudzio, Redakteur der Zeit, die uns lange als „Betonköpfe“, „Bremser“ und „Gestrige“ beschimpften, sehen mittlerweile ein, dass wir mit dem, was wir fordern, Recht haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir zeigen hier am Tag der Arbeit gemeinsam Flagge.

Wir fordern: Gute Arbeit, gerechte Löhne und soziale Sicherheit.

Und das ist notwendig: Europa ist in Schieflage geraten. Die Brandbeschleuniger der finanzpolitische Brandstifter sind immer noch nicht entschärft.

Diesmal sind es nicht die Täter der Krise, die durch ihre gewissenlose Profitgier in die Falle laufen. Dieses Mal sind es ganze Staaten, die vom Bankrott bedroht werden, und zahlen müssen unsere Kolleginnen und Kollegen in den Ländern der Europäischen Union.

Die Euro-Krise ist keine Staatsschuldenkrise, sondern das Ergebnis von skrupellosen Managern, krimineller Energie und staatlicher Unfähigkeit.

Es ist ein neoliberales Hirngespinnst, dass wir alle über unsere Verhältnisse gelebt haben.

Im Vergleich zu anderen Staaten sind wir in Deutschland zwar mit einem blauen Auge durch die Krise gekommen, andere Volkswirtschaften aber liegen auf der Intensivstation und müssen künstlich beatmet werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Seuche des Finanzmarktes ist noch nicht gebannt.

Deutschland ist eine der industriellen Herzkammern Europas und damit haben wir eine besondere Verantwortung für den gesamten Wirtschaftsraum der Union, vor allem auch aus einem gesunden Eigeninteresse heraus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Beschäftigten haben unser Land aus den Ruinen des Naziterrors aufgebaut. Durch Forschung, Entwicklung und Produktion haben wir unsere Volkswirtschaft stark gemacht.

Mit guter Arbeit haben wir uns eine Basis erarbeitet, die uns auch in Zukunft Wohlstand sichern kann, damit auch unsere Kinder in Freiheit, Würde und Toleranz leben können.

Aber liebe Kolleginnen und Kollegen genau diese Zukunft steht auf dem Spiel. In unserer Gesellschaft sind immer noch Kräfte am Werk, die uns um die Früchte unserer guten Arbeit bringen wollen.

Denn so wie in der Vergangenheit kann es nicht weitergehen. Mit Sozialabbau wurden die Haushalte bereinigt, mit Lohndumping wurde die Wettbewerbsfähigkeit erhöht – zu unseren Lasten hier und anderswo in Europa.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bedeutung unserer Arbeit in den Betrieben ist herausragend. Doch, wenn man sich die Wirtschaftspolitik in Deutschland und Europa anschaut, muss man sich die Frage stellen: Was zählt die Realwirtschaft in diesem Wirtschaftssystem noch?

Die Politik in Europa hat nicht die Menschen im Blick, sondern die Märkte.

Die neoliberalen Handlungskonzepte dieser Zeit lauten: Wie reagieren die Märkte? Werden Rating-Agenturen nervös? Beruhigen sich die Anleger wieder?

Vor allem, wenn es nach der FDP geht, beschränkt sich staatliches Handeln auf Finanzmarktpsychologie und Klientelpolitik für Ihre Wähler.

Wenn der DGB das Aufspannen von Rettungsschirmen unterstützt, tun wir das für die Menschen in Europa.

Wir bürgen für den Erhalt von Stabilität und Wohlstand durch Solidarität in Europa und damit auch für unsere eigene Zukunft.

Wir machen das nicht, damit uns Rating-Agenturen weiter verarschen und skrupellose Gangster in Nadelstreifen ausbeuten können.

Wir brauchen keine rechtsfreien Zonen für Spekulanten! Wir brauchen eine neue Finanzmarktarchitektur! Wir brauchen: Transparente Bilanzen! Eine einheitliche Bankenaufsicht! Ein Verbot von Leerverkäufen! Eine staatliche Kontrolle von Rating-Agenturen! Und wir brauchen auch die Finanztransaktionssteuer.

Zocken an den Finanzmärkten muss unattraktiver gemacht werden. Die Anleger müssen für die Kosten, die sie durch ihr Treiben verursachen, zur Kasse gebeten werden.

Die Bundesregierung ist hier in der Pflicht. Statt Öl ins Feuer zu gießen, muss sie auch auf europäischer Ebene ihren Einfluss geltend machen und die Weichen für eine gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik stellen.

Doch stattdessen hat im letzten Dezember der Marktradikalismus in Europa seinen vorläufigen traurigen Höhepunkt erreicht.

In Brüssel haben 25 Mitgliedstaaten der Europäischen Union den so genannten Fiskalpakt beschlossen.

Dieser Pakt wird weder Stabilität schaffen noch Europa aus der Krise führen. Im Gegenteil, er ist Gift für Wachstum und Demokratie in Europa.

Konkret bedeutet der Fiskalpakt:

- Europaweit wird der Druck auf die Beschäftigten nochmals verstärkt.

- Erneut – und noch mehr als bisher – geraten gute Löhne und Arbeitsbedingungen, Sozialsysteme und Tarifautonomie unter Beschuss.
- Den öffentlichen Haushalten wird ein faktisches Zwangssparen auferlegt. Drastische Kürzungen der Staatsausgaben werden zur Pflicht.

Und das, ohne dass die demokratisch gewählten Parlamente in den Mitgliedstaaten mitentscheiden können!

Der Fiskalpakt ist die neoliberale Bankrotterklärung in der größten Krise der EU. Das sind schwarzgelbe Irrlichter, die uns direkt in den Abgrund führen. Und das hat Folgen: Für uns und unsere Kinder.

Deutschlands Zukunft wird dank der Schuldenbremse ausgebremst und der Fiskalpakt soll dafür sorgen, dass wir allein die Zeche zahlen.

Hier ist eine Ideologie am Werk, frei nach dem Motto: "So sollen Räuber Opfer dankbar machen".

Wir brauchen eine Wachstumspolitik, die gute Arbeit schafft, aber wir bekommen eine Kürzungspolitik, die uns ärmer macht, den Sozialstaat weiter aushöhlt und mit dafür sorgt, dass sich immer mehr Menschen von der Politik abwenden oder politischen Rattenfängern folgen.

Wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, wissen: Nur Reiche brauchen einen armen Staat, um noch reicher zu werden.

Wir hingegen wollen einen starken Staat. Wir brauchen einen handlungsfähigen Sozialstaat, der Bedingungen schafft und sichert, damit wir auch in Zukunft in Würde und Freiheit leben können.

Aber seit Jahren werden von der Bundesregierung alle Sozialsysteme mit der „Abrissbirne“ saniert.

Soziale Gerechtigkeit gibt es aber nicht kostenlos. Wir fordern eine Steuerpolitik, die auch genug Einnahmen für die staatliche Daseinsvorsorge Aufgaben erbringt. Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache.

Die Politik ist uns eine gerechte Steuerpolitik schuldig geblieben.

Im Gegenteil, die Reichen sind noch reicher geworden und die Schuldenbremse setzt die Haushalte unter Sparzwang. So werden notwendige Investitionen verhindert und Sozialstandards gesenkt.

Und es sind insbesondere unsere niedersächsischen Kommunen, die unter dieser desaströsen Haushaltspolitik zu leiden haben.

Sie werden von Bund und Land mit ihrer Steuerpolitik gerade zu handlungsunfähig gespart.

Doch die Bundesregierung bleibt bei ihrer Klientelpolitik für Hotelbesitzer und Großverdiener.

Statt Vermögenssteuer, Finanztransaktionssteuer und einen höheren Spitzensteuersatz, einzuführen sind Kopfpauschalen, Rentenkürzungen und das weitere Schröpfen von Hartz-IV Beziehern die Mittel, durch die unser Gemeinwesen gesunden soll.

Die bitterste Medizin dieser sozialpolitischen Giftmischer ist aber die Rente mit 67.

Wir wissen, die Rente erreichen nur die wenigsten aus regulärer Beschäftigung. Das tatsächliche Renteneintrittsalter liegt heute im Schnitt bei 62 Jahren.

Die Rente mit 67 bedeutet drastische Einschnitte ins Rentenniveau. Altersarmut wird damit zum Normalfall.

Besonders hart trifft die Rente mit 67 diejenigen, die körperlich schwere Arbeit leisten. Das ist immerhin jeder Dritte in Deutschland!

Wir brauchen gute Arbeitsbedingungen, damit die Beschäftigten in den Betrieben auch gesund bleiben. Stress und Leistungsverdichtung haben aber enorm zugenommen.

Statt einer pauschalen Rente mit 67 brauchen wir gleitende und gesicherte Übergänge aus der Arbeit in den Ruhestand.

Wir dürfen in diesem Zusammenhang auch nicht übersehen: Jede Verlängerung der Arbeitszeit – auch die Rente mit 67 – blockiert den Zugang zur Beschäftigung.

Für junge Erwachsene ist es heute schon schwer, einen auskömmlichen Einstieg ins Arbeitsleben zu finden.

Und wenn wir die Reden vom „Jobwunder“ in Deutschland hören, von der niedrigsten Arbeitslosenquote seit der Wende, dann kann man nur mit dem Kopf schütteln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen: Lasst Euch nicht von der Schönrechnerei der Bundesagentur für Arbeit und der Politiker in die Irre führen.

Die Lage ist für Millionen von Menschen dramatisch, eine Trendwende am Arbeitsmarkt ist nicht in Sicht: In Niedersachsen kommen auf eine offene Stelle im Schnitt acht Arbeitslose.

Wir haben nach wie vor einen Mangel an Beschäftigung und keinen *Arbeitskräftemangel*!

Es sind oftmals die jungen Menschen, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind.

Dafür gibt es Gründe: In Niedersachsen sind 18,7% der jungen Erwachsenen unter 29 Jahren ohne abgeschlossene Ausbildung.

80 Prozent der Unternehmen in Niedersachsen jammern über fehlende Ausbildungsreife der jungen Menschen. Das ist nur ein Alibi, warum sie nicht genügend ausbilden.

Von den Unternehmen in Niedersachsen wurden zwar mehr Ausbildungsplätze als im Vorjahr angeboten, allerdings ist zeitgleich die Anzahl der Bewerberinnen und Bewerber deutlich angestiegen.

Die Betriebe sind aufgefordert viel aktiver zu werden als bisher.

Wer jetzt bei der Ausbildung spart, der nimmt nicht nur jungen Menschen die Zukunft, der schädigt auch sein Unternehmen und den Standort Deutschland.

Wir brauchen endlich ein Bildungssystem, das der demografischen Herausforderung gerecht wird.

Alle Kinder, Schüler, Auszubildende und Studierende müssen ihren Fähigkeiten entsprechend gefördert werden.

Dabei sind Ausbildung und Qualifikation die Schlüssel für die Zukunft in unserem Land.

Wir bleiben dabei, jeder junge Mensch hat ein Anrecht auf einen Ausbildungsplatz.

Wir fordern den Rechtsanspruch für eine außerbetriebliche Ausbildung und den brauchen wir auch in Niedersachsen.

Es stimmt, auch bei uns sind neue Stellen geschaffen worden. Aber ich frage Euch: Was sind das für Stellen?

- In den letzten 10 Jahren wurden 130.000 neue Stellen in Teilzeit geschaffen.
- 90.000 weitere neue Jobs fallen unter die Kategorie „geringfügige Beschäftigung.“
- In 2011 hat die Leiharbeit in Niedersachsen um 22,4% zugenommen. Mehr als jede dritte gemeldete offene Stelle in Niedersachsen ist ein Leiharbeitsjob.

Leiharbeit boomt, weil sie Lohndumping ermöglicht. Leiharbeit bedeutet aber ständige Flexibilität und damit ständige Unsicherheit. Dabei kann von gleichem Lohn für gleiche Arbeit keine Rede sein: Das mittlere Bruttoarbeitsentgelt von Leiharbeitern liegt 43% unter dem aller Vollzeitbeschäftigten.

Die Konsequenz ist: Leiharbeit verdrängt zunehmend tariflich geregelte Beschäftigung! Damit muss Schluss sein!

Wir brauchen auch in der Leiharbeit gleichen Lohn für gleiche Arbeit - ab dem ersten Tag der Beschäftigung - und zwar auf der Basis von Tarifverträgen in den Branchen!!

Niedriglöhne und prekäre Beschäftigung greifen allerdings auch außerhalb der Leiharbeit immer stärker um sich.

Es gibt immer mehr Menschen, die mit Hartz IV aufstocken müssen. Prekäre Beschäftigung nimmt zu.

Jeder Zehnte in Niedersachsen hat einen befristeten Arbeitsvertrag.

Dieser Zustand, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist untragbar. Unternehmen müssen ihrer sozialen Verantwortung wieder gerecht werden.

Der Sozialstaat muss Rahmenbedingungen schaffen und für soziale Gerechtigkeit sorgen. Heute geschieht das Gegenteil.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen eine Trendwende in unserem Land.

- Dazu gehören auch höhere Einkommen. So fordern wir mit Recht unseren Anteil in den Tarifrunden 2012. Die Gewinne dürfen nicht nur in den Taschen der Reichen landen. Die Tarifforderungen der IG Metall, der IG BCE sowie der Abschluss im öffentlichen Dienst geben das richtige Signal.

- Wir brauchen allgemeinverbindliche Tarifverträge, die uns vor prekären Arbeitsbedingungen schützen
- Leiharbeit muss eingegrenzt werden. Dort, wo das nicht geht, brauchen wir Equal Pay - also gleichen Lohn für gleiche Arbeit, vom ersten Tag an.
- Wir brauchen dringend einen gesetzlichen Mindestlohn von 8 Euro 50 pro Stunde, um Ausbeutung effektiv zu verhindern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen mehr Gute Arbeit.

Arbeit, die die Lebensqualität erhöht und nicht die Menschen auslaugt und ausbeutet.

Zu lange wurde in Deutschland auch staatliches Lohndumping betrieben. Das ging zu unseren Lasten und zu Lasten unserer europäischen Nachbarn.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies kann nicht länger hingenommen werden. „Armut trotz Arbeit“ darf es in unserem Land nicht geben.

Höhere Löhne sind bezahlbar und ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft. Auch in unserem Land brauchen wir eine ordentliche Binnennachfrage, um die Konjunktur zu stützen.

Die Arbeit in den Betrieben, Unternehmen aber auch im öffentlichen Dienst ist die Basis für Aufschwung und Wachstum.

Deshalb fordern wir: Gute Arbeit, die tariflich abgesichert ist, muss in Niedersachsen der Normalfall sein. Dafür muss aber auch die Landesregierung handeln.

Wir fordern: Öffentliche Aufträge dürfen nur an Unternehmen gehen, die sich an Tarifverträge binden! Wir wollen keinen Unterbietungswettbewerb zwischen den Unternehmen auf dem Rücken unserer Kolleginnen und Kollegen.

Niedersachsen braucht ein Vergabegesetz, das Lohndumping einen Riegel vorschiebt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss möchte ich den Blick noch auf ein anderes, besonders wichtiges Thema lenken.

Die Frage ist auch: In welchem Land leben wir und wie wollen wir in Zukunft leben?

Ist Deutschland die offene und tolerante Gesellschaft, die wir uns wünschen? Wie steht es um die Willkommenskultur in Niedersachsen?

Rechtsextreme Gewalt und Fremdenfeindlichkeit nimmt in Europa stetig zu.

Die Morde in Norwegen aber auch in unserem Land mahnen uns nicht wegzuschauen, sondern entschlossen zu handeln.

Wir brauchen keine Demagogen, die von Problemen ablenken, indem sie vor allem die Schwachen und Hilfsbedürftigen diffamieren und unsere Gesellschaft weiter spalten.

Wir brauchen erst recht keine Rassisten und Neofaschisten in unseren Parlamenten, die die Menschenrechte verachten und mit ihren national-völkischen Phrasen zurück wollen in ein Reich der Unmensen, indem sie Naziverbrecher verehren können.

Rassismus und Fremdenfeindlichkeit hat nirgendwo Platz: Nicht in Niedersachsen, nicht in Helmstedt oder irgendwo sonst.

Otto Brenner sagte: „Nicht Ruhe, nicht Unterwürfigkeit gegenüber der Obrigkeit ist die erste Bürgerpflicht, sondern Kritik und ständige demokratische Wachsamkeit“.

Gerade heute bleibt dieser Leitsatz absolut aktuell.

Wir bleiben bei unserer eindeutigen Haltung – faschistisches und rassistisches Gedankengut ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

Die NPD gehört verboten und ihre Gefolgschaft hat in den Parlamenten nichts zu suchen.

Wir müssen uns einmischen und Charakter zeigen – das ist das Mindeste.

In den Kommunen sind wir zuhause. Hier leben und arbeiten wir.

Unsere Leitbilder sind: Freiheit, Gleichheit und Toleranz. Unser Handeln ist geprägt von Solidarität.

Diese Werte sind und bleiben tief in unseren Herzen verwurzelt und sind Richtschnur für unser Handeln. In diesem Sinne wünsche ich uns einen solidarischen und kämpferischen 1. Mai, herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.